

# Planvoll zur Marktordnung

## Ostdeutsches Expertenwissen und akademische Eliten in der ökonomischen Transformation der DDR<sup>1</sup>

**Axel-Wolfgang Kahl**

Potsdam

„Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber“,<sup>2</sup> mit diesen markigen Worten forderte der Leipziger Handelsökonom Werner Cramer (geb. 1934) im Frühjahr 1990 die sofortige Umstellung von einer Plan- auf eine Marktwirtschaft in der DDR. Dieser Schritt sei angesichts der Krise alternativlos: „Jeder Realist, der sich in Ökonomie auskennt, weiß das.“<sup>3</sup> Eine zentrale Quelle waren die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform,<sup>4</sup> an der Cramer mitgewirkt hatte.

Diese Arbeitsgruppe war im November 1989 eingesetzt worden, um die Umgestaltung der Ökonomie in der DDR auf eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung vorzubereiten. Es regte sich allerdings Widerspruch gegen Cramers Buch, wenngleich nicht gegen dessen Inhalt als vielmehr gegen den Autor: Studierende der Handelshochschule, an der Cramer seit 1969 tätig war, stellten öffentlich in Frage, wie jemand, der sie in den Jahren und Jahrzehnten zuvor die dogmatische Linie der SED gelehrt hatte, nunmehr glaubhaft Marktwirtschaft vermitteln wollte.<sup>5</sup> Aus der Bundesrepublik meldeten sich überdies Kritiker an Cramers Plan, ein Institut für Marketing aufzubauen: „Aus Marx wurde Marketing“;<sup>6</sup> so der eingängige Vorwurf, der die vermeintlich unzureichende Qualifikation des Ökonomieprofessors skandalisierte.

Die geschilderte Episode steht beispielhaft für die nach 1989/90 öffentlich aufbrechenden Verwerfungen und Konfliktlinien, die ihren Ur-

---

<sup>1</sup> Bei dem Aufsatz handelt es sich um ein verdichtetes Kapitel aus der in Erarbeitung befindlichen Dissertation des Autors.

<sup>2</sup> Werner Cramer: *Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber*, Berlin (Ost) 1990.

<sup>3</sup> Ebd., S. 5.

<sup>4</sup> Im folgenden als AG Wirtschaftsreform bzw. Arbeitsgruppe abgekürzt.

<sup>5</sup> Zeitzeugengespräch mit Wolfram Fiedler, geführt am 22.2.2022.

<sup>6</sup> SächsStA-D, SSWK 13319, Nr. 104, Briefwechsel Wöhler-Meyer, 12.3.1991.

sprung in den Ereignissen und Erfahrungen der vorangegangenen Jahre und Jahrzehnte nahmen und die Vereinigungsgesellschaft prägten.<sup>7</sup> Während die Staatsführung unter Hans Modrow (1928–2023) zur Stabilisierung und Reformierung der DDR 1989/90 ihr Vertrauen noch in die Expertise der ostdeutschen Wissenschaftselite setzte, galten die akademischen Eliten Ostdeutschlands bzw. die vormalige sog. sozialistische Intelligenz einer breiteren Öffentlichkeit in der DDR aufgrund ihrer Stellung und Funktion im Wissenschaftssystem mehrheitlich als politisch diskreditiert.<sup>8</sup>

Sozialisiert und diszipliniert im Herrschaftsraum der SED, hatte jene soziale Gruppe ihren Geist im Laufe von vier Jahrzehnten in den Dienst der Macht gestellt.<sup>9</sup> Das Expertenwissen der DDR schien somit fachlich überholt und die Umgestaltung nach dem Modell der Bundesrepublik als alternativlos. Den Ausgangspunkt der ökonomischen Transformation bildeten rückblickend oftmals ausschließlich die beiden Staatsverträge.<sup>10</sup> Zwar war das Urteil einiger westdeutscher Intellektuelle umstritten, die pauschal das Wissen aller ostdeutschen Eliten mit dem Systemwechsel als „völlig entwertet“<sup>11</sup> abtaten, doch zumindest im Fall der „(meisten) Jura- und Ökonomie-Professoren“<sup>12</sup> war diese Wertung gemeinhin unstrittig. Übergreifend schien die Ablösung der „Apologeten der Staatsdoktrin“ letztlich folgerichtig, da sie dem Demokratisierungs- und Beitrittsprozess keinerlei intellektuellen Vorschub geleistet hatten.<sup>13</sup>

Die Erwartungshaltungen und Ideen der akademischen Eliten der DDR für den Umbau der ostdeutschen Wirtschaft wurden von jenen Deutungskämpfen der Vereinigungsgesellschaft überlagert und ver-

---

<sup>7</sup> Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: *Endspiel: Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2015, S. 544.

<sup>8</sup> Für eine nähere Bestimmung des Elitenbegriffs, vgl. Morten Reitmayer, *Eliten*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 18.2.2022, URL: [https://docupedia.de/zg/Reitmayer\\_eliten\\_v2\\_de\\_2022](https://docupedia.de/zg/Reitmayer_eliten_v2_de_2022) (10.1.2023).

<sup>9</sup> Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: *Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 2003.

<sup>10</sup> Vgl. Gernot Gutmann/Stefanie Hamacher: *Humanvermögensentwertung durch die Vereinigung – Das Beispiel der Hochschulen*, in: Ders./Ulrich Wagner (Hg.): *Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung – eine Zwischenbilanz*, Stuttgart/Jena/New York 1994, S. 227–252, hier S. 228–232.

<sup>11</sup> So etwa die kontroverse Äußerungen von Arnulf Baring: *Deutschland was nun?*, Berlin 1991, S. 59.

<sup>12</sup> Vgl. Gutmann/Hamacher, *Humanvermögensentwertung*, S. 234.

<sup>13</sup> Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*, München 2019, S. 176–177.

drängt.<sup>14</sup> Im Umbruch waren neue Teileliten in Machtpositionen gerückt, die vor 1989 schon systemimmanente Kritik an der Wirtschaftspolitik geübt hatten und die dem Typus der „DDR-loyalen Reformer“<sup>15</sup> zugeordnet werden können. Sie diskutierten öffentlich die Umgestaltung der ostdeutschen Planwirtschaft und alternative Konzepte einer Marktordnung für die DDR.<sup>16</sup> Zwischen November 1989 und Oktober 1990 kam es besonders in der akademischen Ökonomie zu einer kurzen, doch intensiven Phase wissenschaftlicher Aktivitäten.<sup>17</sup> Angehörige aus den ostdeutschen Hochschulen und Universitäten waren darüber hinaus politisch aktiv am Umbruchsgeschehen beteiligt.<sup>18</sup> Das Engagement fand aber letztlich nur wenig Widerhall und zeitigte kaum nachhaltige Folgen, was mit der rasanten Beitrittsdynamik zusammenhing.<sup>19</sup> Eine Erfahrung, die überdies auch die Intellektuellen und Funktionseleiten der Bundesrepublik machten.<sup>20</sup>

Der Aufsatz widerspricht der Erzählung, in der DDR habe für die Umgestaltung der Plan- auf eine Wirtschaftsordnung aufgrund der vermeintlichen Entwertung des Expertenwissens keine qualifizierte ostdeutsche „Transformationsberatung“ zur Verfügung gestanden.<sup>21</sup> Die Quellenlage zeigt indes, dass sich in der DDR der Umbruchzeit neue Ansätze einer Zusammenarbeit zwischen (Gesellschafts-)Wissenschaften und Politik entwickelten, die sich als Formen der Politik- und Regierungsbera-

---

<sup>14</sup> Vgl. Marcus Böick: Konjunkturen des Ökonomischen im Umbruch: Retrospektiven auf das lange Schwellenjahr 1990 zwischen enttäuschten Erwartungen und affirmativen Alternativlosigkeiten, in: Jörg Ganzenmüller u.a. (Hg.): Das demokratische Jahr der DDR. Zwischen Friedlicher Revolution und deutscher Einheit, Weimar 2021, S. 47–72, hier S. 51–52.

<sup>15</sup> Vgl. Wolfgang Seibel: Die gescheiterte Wirtschaftsreform in der DDR 1989/1990, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2010) 10, 4.3.2010, URL: <https://www.bpb.de/apuz/32891/die-gescheiterte-wirtschaftsreform-in-der-ddr-1989-1990?p=all> (7.2.2022).

<sup>16</sup> Vgl. Marcus Böick: „Das ist nunmal der freie Markt“. Konzeptionen des Marktes beim Wirtschaftsumbau in Ostdeutschland nach 1989, in: Zeithistorische Forschungen 12 (2015) 3, S. 448–473.

<sup>17</sup> Vgl. Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg 1998, S. 261.

<sup>18</sup> Vgl. Peer Pasternack: Die wissenschaftliche Elite der DDR nach 1989, in: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Alte Eliten in jungen Demokratien? Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa, Köln 2004, S. 121–148, hier S. 121–122.

<sup>19</sup> Vgl. Thomas Apolte/ Dirk Kirschbaum: Erfahrungen mit der Politikberatung zu Beginn der deutschen Einheit, in: Martin Leschke/ Ingo Pies (Hg.): Wissenschaftliche Politikberatung – Theorien, Konzepte, Institutionen, Stuttgart 2005, S. 47–72, hier S. 49.

<sup>20</sup> Vgl. Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 175–176.

<sup>21</sup> Vgl. Thomas Döring: Politik- und Politikerberatung – eine Analyse vor dem Hintergrund von Transformationsprozessen, in: Leschke/Pies, Politikberatung, S. 3–28, hier S. 10.

tung beschreiben lassen. Erklärungsbedürftig sind dabei die Voraussetzungen der Beratung und die Marginalisierung der Experten.<sup>22</sup> Am Beispiel von akademischen Eliten der AG Wirtschaftsreform wird aufgezeigt, auf welche bestehenden Möglichkeiten und Bedingungen der Beratung zurückgegriffen wurde. Bis 1989 war sie weitgehend folgenlos geblieben, nunmehr hoffte man auf ihre Durchsetzung.<sup>23</sup>

## 1. Willige Ratgeber: Wissenschaftliche Politik- und Regierungsberatung in der DDR

„Anpasst“, „systemkonform“ und „letztlich wenig kreativ“: Für Außenstehende waren das die einschlägigen Bilder von den Gesellschaftswissenschaften der DDR.<sup>24</sup> Nach dem Vollzug der Deutschen Einheit dienten solche Zuschreibungen zur Rechtfertigung für Abwicklungen, d.h. die Schließung von und Entlassungen in gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichen.<sup>25</sup> Wer allerdings die Abläufe „hinter den Kulissen“ kannte, bei denen hinterließ jene Episode Frust und Verbitterung. So beschrieb Christa Luft (geb. 1939) ihre Eindrücke von 1989/90. Die ehemalige Rektorin der Berliner Hochschule für Ökonomie und Professorin für Außenhandel war unter Modrow stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates für Wirtschaft und damit für die Wirtschaftsreform verantwortlich. Ihre Expertise wurde selbst von kritischen Stimmen anerkannt.<sup>26</sup> Gegenüber bundesdeutschen Politikern und Unternehmern bewies sie ein fundiertes Verständnis von der Marktwirtschaft.<sup>27</sup>

In eine breitere Öffentlichkeit sei die in der DDR durchaus vorhandene Fachexpertise vor 1989 aber nie durchgedrungen, wie Luft einge-

---

<sup>22</sup> Vgl. André Steiner: Wissenschaft und Politik: Politikberatung in der DDR?, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 101–126, hier S. 123.

<sup>23</sup> Die Untersuchungsgegenstände ergeben sich aus dem Potsdamer Forschungsvorhaben zur Umgestaltung der ostdeutschen Hochschulen in den 1980/90er Jahren, vgl. Axel-Wolfgang Kahl: Die Transformation der ostdeutschen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in den 1980/90er Jahren, in: Lars Lüdicke (Hg.): „Ausgeforscht?“ Neueste Forschungsergebnisse zur Friedlichen Revolution 1989/90, Berlin 2020, S. 21–48.

<sup>24</sup> Christa Luft: Zwischen WEnde und Ende. Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitglieds der Modrow-Regierung, Berlin 1991, S. 88.

<sup>25</sup> Vgl. hierzu: Axel-Wolfgang Kahl: Abbruch oder Aufbruch? Eine zeithistorische Universitätsgeschichte der Transformationsphase nach 1989, in: bildungsgeschichte.de, 29.3.2022, DOI: <https://doi.org/10.25658/98j8-fc51>

<sup>26</sup> Vgl. Kowalczuk, Endspiel, 479–480.

<sup>27</sup> Vgl. Max Trecker: Neue Unternehmer braucht das Land. Die Genesis des ostdeutschen Mittelstands nach der Wiedervereinigung, Berlin 2022, S. 72–74.

stand.<sup>28</sup> Ihrer Erinnerung nach lag das vor allem an der Zensur der Staats- und Parteiführung. Doch obschon die ökonomische Zunft vermeintlich schwieg, habe man „längst vor der Wende ... Signale“ gesetzt. Diese Deutung ist zumindest umstritten, da in den Studien und Berichten nicht an den herrschenden Dogmen gerüttelt wurde.<sup>29</sup> Vielmehr glichen die Arbeiten vielfach Lobhuldigungen.<sup>30</sup> Auch öffentliche Auftritte von Expertinnen und Experten dienten häufig der offiziellen Agitation.<sup>31</sup> In dokumentierten Fällen, in denen Missstände im Land dagegen klar benannt wurden, waren berufliche Konsequenzen für die Beteiligten möglich.<sup>32</sup> Doch aus Sicht des Parteiapparates folgten die meisten Hochschulangehörigen der von der SED geforderten Unterordnung ohnehin bereitwillig. Ursächlich für die Anpassung und Selbstzensur waren einerseits politische Überzeugung, andererseits Karrierestreben und auch Opportunismus.<sup>33</sup>

Die DDR-Gesellschaftswissenschaften waren von Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen gekennzeichnet. Einerseits war eine akademische Tätigkeit nur entlang von marxistisch-leninistischen Rationalitätskriterien möglich. Die beteiligten Personen waren dabei besonders stark dem Zwang zu ideologisch-politischen Loyalitätsbekenntnissen ausgesetzt. Andererseits aber verstanden sie ihre Arbeit weder als bloße Politiklegitimation noch als reinen Systemwiderspruch.<sup>34</sup> Die Staats- und Parteiführung forderte gar innovative Forschungen, obgleich diese Ermunterung durch die gleichzeitig eingeforderte Parteilichkeit oftmals wieder unterlaufen wurde.<sup>35</sup> Im Ergebnis entstanden Zonen der Teilauto-

---

<sup>28</sup> Vgl. Luft, WEnde, S. 88.

<sup>29</sup> Vgl. Kowalczyk, Endspiel, S. 314.

<sup>30</sup> Vgl. Peer Pasternack: DDR-Gesellschaftswissenschaften 1990 bis 2015. Tektonik und Substanz eines postmortalen Literaturmassivs, in: ders. (Hg.): Die Gesellschaftswissenschaften post mortem. Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990–2015). Zwischenfazit und bibliografische Dokumentation, Berlin 2016, S. 13–240, hier S. 34ff.

<sup>31</sup> Vgl. Gregor Schirmer: Gesellschaftswissenschaften in der DDR. Leitung und Planung durch die SED, in: Clemens Burrichter/Clemens Diesener (Hg.): Reformzeiten und Wissenschaft, Graz 2005, S. 155–172, hier S. 171.

<sup>32</sup> Vgl. ein Beispiel aus der Akademie für Staat und Recht, Erhard Crome: Vorwort, in: Ders. (Hg.): Die Babelsberger Diplomatenschule. Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR, Potsdam 2009, S. 9–21, hier S. 12.

<sup>33</sup> Vgl. Gregor Schirmer: Zum Verhältnis von Politik und Gesellschaftswissenschaften in der DDR, in: Michael Brie u.a. (Hg.): Schiff ohne Kompaß? Marxistische Gesellschaftswissenschaften und sozialistische Politik, Berlin 1995, S. 5–16, hier S. 8.

<sup>34</sup> Vgl. Pasternack: DDR-Gesellschaftswissenschaften 1990 bis 2015, S. 37.

<sup>35</sup> Vgl. Manfred Krause: Sozialwissenschaften unter der SED-Parteihegemonie. Eine quellengestützte Nachbetrachtung zur Forschungsleistung und -wirklichkeit in der DDR, in:

nomie, die eingeschränkt auch eigensinnige Forschungen ermöglichten.<sup>36</sup> Nachweislich bewegte sich die DDR-Wirtschaftstheorie so in den 1980er Jahre im Spannungsfeld zwischen Parteihörigkeit und vorsichtigem Reformansatz.<sup>37</sup>

Eine gegenüber der Politik grundsätzlich kritische (Gesellschafts-) Wissenschaft gab es in der DDR nicht. Dennoch führten Professionalisierung und Ausdifferenzierung von gesellschaftlichen Teilbereichen auch dort zum verstärkten Bedarf nach fachwissenschaftlicher Expertise, obgleich entsprechende Aktivitäten nicht unter dem Schlagwort der Politikberatung geführt wurden.<sup>38</sup> In westlichen Ländern ist die wissenschaftliche Politik- und Regierungsberatung mindestens seit 1945 eine etablierte Form der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik. Darunter wird die institutionalisierte Bereitstellung von Informationen für politische Akteure verstanden.<sup>39</sup>

Im Hochschulwesen der DDR gab es ebenfalls mehr als 80 wissenschaftliche Beiräte, Fachkommissionen und Arbeitskreise, in denen ein wissenschaftlicher Vorlauf für die Politik geschaffen werden sollte.<sup>40</sup> Auch die SED griff auf Fachexpertise zurück: Studien „zu Ehren der Parteitage“ sollten das politische Handeln wissenschaftlich untermauern. Dabei nahm die oberste Staats- und Parteiführung die Anregungen und Hinweise im Laufe der 1970/80er Jahre jedoch immer weniger zur Kenntnis.<sup>41</sup>

Erst mit dem Machtzerfall der SED ab dem Spätsommer 1989 öffneten sich in der Wissenschaft größere Handlungs- und Denkräume. Im Oktober 1989 suchte die taumelnde Staatspartei über ein „Aktionsprogramm der SED“ auf die Umwälzungen im Land zu reagieren. Expertinnen und Experten waren explizit aufgefordert, an der „Erneuerung“ von Gesellschaft, Staat, Recht und Wirtschaft mitzuwirken. Im Zentralkomitee der SED gingen daraufhin hunderte Schreiben ein, in denen u.a. die „Wissenschaftsfeindlichkeit“ der vergangenen Jahre und Jahrzehnte an-

---

Heinrich Best (Hg.): Sozialwissenschaften in der DDR und in den neuen Bundesländern. Ein Vademecum, Berlin 1992, S. 13–46, hier S. 38.

<sup>36</sup> Vgl. hierzu etwa Peter Hübner: Menschen-Macht-Maschinen. Technokratie in der DDR, in: ders., Eliten, S. 325–360, hier S. 344–346.

<sup>37</sup> Vgl. Krause, Wirtschaftstheorie, S. 259.

<sup>38</sup> Vgl. Steiner, Politikberatung, S. 107 und S. 124–125.

<sup>39</sup> Vgl. Svenja Falk u.a.: Politikberatung – eine Einführung, in: Dies. (Hg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden 2020, S. 1–22, hier S. 4.

<sup>40</sup> BArch, DR4/386, Tätigkeit und Perspektiven zentraler Beratungsgremien im Hochschulwesen, o.D.

<sup>41</sup> Vgl. Steiner, Politikberatung, S. 125.

geprangert wurde: Zwar sei die Wissenschaft bereit, einen „konstruktiven Beitrag“ zur Ausarbeitung einer neuen Gesellschaftspolitik zu leisten; die „Einheit von Politik und Wissenschaft“ dürfe aber keine Gleichsetzung mehr bedeuten.<sup>42</sup> Es sei „störend“, dass der „Rat der Wissenschaftler“ in der Vergangenheit zu wenig Beachtung gefunden und der „Widerhall“ von Publikationen, Studien und Berichten in dem Maße abgenommen habe, „wie die Probleme bei uns insgesamt wuchsen“. Die akademischen Eliten forderten auch den Wechsel des bisherigen Führungspersonals der SED.<sup>43</sup>

Die Vorbereitung einer Marktordnung in der DDR stellte zunächst nicht den Sozialismus zur Disposition. Vielmehr gedachte die neue Staatsführung unter Modrow, Planung und Wettbewerb zu verbinden sowie gleichzeitig eine Vielzahl von Eigentumsformen zu garantieren.<sup>44</sup> Die Umsetzung wurde als „Gemeinschaftsarbeit“ verstanden. In Zuschriften, die den Ministerrat damals erreichten, spiegelt sich die Erwartungshaltung der akademischen Eliten, an der Gestaltung des ökonomischen Wandels mitzuwirken. Ein Wirtschaftsjurist von der Karl-Marx-Universität Leipzig bot Luft „in alter Verbundenheit“ seine Mitarbeit in der „Erneuerung“ der Wirtschaftsgesetzgebung an sowie Studien aus dem Arbeitskreis Wirtschaftsrecht.<sup>45</sup> Ein weiterer Kollege erklärte, er habe sich „seit Jahrzehnten (im Ernst!) mit der Gestaltung wirtschaftlicher Strukturen eines hochentwickelten Sozialismus“<sup>46</sup> beschäftigt. Es sei „verantwortungslos“, wenn er in dem Moment, wo „Kleinkariertes nicht mehr gefragt ist“, nunmehr schweige. Einige der Reformvorschläge mögen „utopisches Ideal“ sein, vieles sei wiederum „heute recht machbar“.

Die öffentliche Debatte wurde zur Jahreswende 1989/90 von den Ökonomie-Professorinnen und -Professoren der DDR dominiert.<sup>47</sup> Die Diskussionen stießen auch in der Bundesrepublik auf Interesse.<sup>48</sup> Dort

---

<sup>42</sup> Im Folgenden: BArch, DR3/20394, Die Universitäten und Hochschulen in der Erneuerung des Sozialismus. Was bedarf der Diskussion und neuer Antworten?, 13.11.1989.

<sup>43</sup> Hierzu beispielhaft: BArch, MfS, HA XX 5877, Brief der Babelsberger Akademie an die Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees der SED, 6.11.1989, Bl. 1–2.

<sup>44</sup> Vgl. Hans Modrow: Regierungserklärung am 17.11.1989, in: Neues Deutschland, Ausgabe vom 18./19.11.1989.

<sup>45</sup> BArch, Vorlass Christa Luft, N 2591/31, Engelmann-Luft, 20.11.1989.

<sup>46</sup> BArch, DC20/9842, Breitenfeld-Vorsitzenden des Ministerrates, 20.11.1989, Bl. 26–29.

<sup>47</sup> Vgl. Marcus Böick: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung. 1990–1994, Berlin 2020, S. 134.

<sup>48</sup> Beispielhaft die Serie „Die Wirtschaft der DDR von innen gesehen“, siehe: Die DDR-Bürger brauchen Zeit, die Angst vor dem Kapitalismus zu überwinden, in: Handelsblatt, Ausgabe vom 16./17.12.1989, S. 3.

herrschen aber große Zweifel hinsichtlich einer schrittweisen ökonomischen Umgestaltung in Ostdeutschland und der Ideen eines etwaigen „Dritten Weges“ einer weiterhin selbstständigen DDR vor.<sup>49</sup> Und so wurden in jenen Wochen und Monaten der sich überschlagenden politischen Rahmenbedingungen in Ost und West hitzig über eine Währungs- und Wirtschaftsunion mit der Bundesrepublik gestritten.<sup>50</sup> In deutsch-deutschen Gesprächen stießen dabei disparate Erfahrungs- und Erwartungsräume zusammen.<sup>51</sup>

Der Begriff „Politikberatung“ taucht in einigen Dokumenten aus der Jahreswende 1989/90 auf, z.B. finden sich im Zusammenhang mit Reformen der Justiz, Verwaltung und Medien Bereitschaftserklärungen aus der Wissenschaft, die Reformen in der DDR zu unterstützen.<sup>52</sup> Von den unterschiedlichsten Gremien, die zu dieser Zeit ins Leben gerufen wurden, bildete die AG Wirtschaftsreform sicherlich die prominenteste Institution.

## **2. Arena des Übergangs: Akademische Eliten im ‚Erneuerungsprozess‘ 1989/90 am Beispiel der AG Wirtschaftsreform**

Die AG Wirtschaftsreform sollte ein Konzept erarbeiten, um „in kürzester Zeit den radikalen Übergang von der Kommandowirtschaft einer zentralistischen Direktivplanung auf eine sozial und ökologisch orientierte Marktwirtschaft“<sup>53</sup> zu organisieren. Zur Vorbereitung dieser Regierungskommission fand zu Beginn des Jahres 1990 an der vormaligen Parteihochschule in Ost-Berlin eine mehrtätige Klausurtagung unter Einbezug von Praktikern und Theoretikern der Ökonomie mit elf Arbeitsgruppen statt.<sup>54</sup> Für den Umbau der Wirtschaft sollten die Hochschulen und Uni-

---

<sup>49</sup> Vgl. etwa: Gernot Gutmann: Das Ende der Planwirtschaft in der DDR, Tübingen 1990.

<sup>50</sup> Vgl. André Steiner: Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 441–455, hier S. 442–445.

<sup>51</sup> Beispielsweise: Hans Süßmuth (Hg.): Wie geht es weiter mit Deutschland? Politisches Gespräch am 24./25. Januar 1990; Reformgruppen, Parteien und Kirchen aus der Deutschen Demokratischen Republik im Gespräch mit Politikern und Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1990.

<sup>52</sup> BArch, DC20/18866, Vorschläge zur Unterstützung der Maßnahmen des Ministerrates der DDR für die Vorbereitung von Gesetzen im Zeitraum bis Ende 1990, Bl. 258–259; und BArch, DR4/8, Thesen zur Bildungsreform, März 1990.

<sup>53</sup> BArch, DC20/11269, Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Verwirklichung der Regierungserklärung vom 17. 11.1989, 19.1.1990, Bl. 4.

<sup>54</sup> BArch, DC20/9827, Muster eines Berufungsschreibens von Prof. Dr. Luft, o.D., Bl. 53.



versitäten aus ihrer bisherigen „Stiefkindrolle“<sup>55</sup> in eine verantwortliche Position gebracht werden. Die Durchsicht der Teilnehmerlisten bestätigt den Vorsatz, mehr wissenschaftliche Expertise zu versammeln: So stammte zwar die Mehrheit von den insgesamt 171 Personen (73 Prozent) aus den Ministerien, Betrieben, Kombinat, Gewerkschaften und Verbänden. Doch es kamen auch 47 Personen (27 Prozent) aus dem (außer-)universitären Forschungsbereich.<sup>56</sup> Täglich von morgens bis abends arbeiteten die thematisch gegliederten Gruppen an Thesenpapieren u.a. zur Preisreform, Öffnung der Außenwirtschaft und Umgestaltung des Volkseigentums.<sup>57</sup>

Kandidaten schlugen einzelne Ministerien und nachgeordnete Einrichtungen vor,<sup>58</sup> hierbei erfolgte die Auswahl der Mitglieder über berufliche Netzwerke und Bekanntschaften, wie sich exemplarisch an der Rekrutierung von Werner Cramer und Peter Hoß (1937–2018) zeigen lässt. Hoß war einer von drei Professoren, die aus der Babelsberger Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in die AG berufen wurden. Der Planökonom hatte seine akademische Laufbahn an der Hochschule für Ökonomie Berlin begonnen. Anfang der 1960er Jahre wechselte er ans Ökonomische Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission und arbeitete dort u.a. für den Stellvertretenden Vorsitzenden und späteren Leiter der AG Wirtschaftsreform, Wolfram Krause (geb. 1933).<sup>59</sup> Krause wurde nach Kritik an der Wirtschaftspolitik der SED 1979 versetzt, Hoß wechselte 1985 zurück an die Berliner Hochschule für Ökonomie.<sup>60</sup> 1987 wurde Hoß schließlich an die Babelsberger Akademie berufen, nachdem 1984 bereits der vormalige Institutsleiter dort zum Rektor ernannt worden war.<sup>61</sup> Gemeinsam stellten sie der Staats- und Parteiführung im November 1989 Vorschläge zur Wirtschaftsreform zur Verfügung.<sup>62</sup>

---

<sup>55</sup> Luft, WEnde, S. 21–22.

<sup>56</sup> BArch, DC20/9827, Arbeitsgruppen für die Vorlage zur Wirtschaftsreform (Klausurtagung vom 4. Januar bis 10. Januar 1990), o.D., Bl. 17–28.

<sup>57</sup> BArch, DC20/9827, Rahmen-Schema für das zusammengefaßte Arbeitsergebnis der Arbeitsgruppen (nicht mehr als 5–6 Seiten), o.D., Bl. 48.

<sup>58</sup> Die Ernennungsurkunden der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind im Bestand nicht überliefert.

<sup>59</sup> BArch, DR3-B/9971, Lebenslauf, 16.1.1982, Bl. 3–5.

<sup>60</sup> BArch, DR3-B/9971, Berufungsurkunde zum ordentlichen Professor für Politische Ökonomie des Sozialismus an der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ Berlin, 23.7.1985, Bl. 82.

<sup>61</sup> BArch, DR3-B/9971, Steeger-Böhme, 25.2.1987, Bl. 83–84.

<sup>62</sup> BArch, Vorlass Christa Luft, N 2591/31, Vorschläge für Ausarbeitungen und Mitwirkungen der Mitarbeiter der ASR zu Schwerpunkten des Aktionsprogramms der SED, 15.11.1989.

Als einziger Vertreter der Handelshochschule Leipzig besaß Cramer mittelbare Kontakte zur Leitung der AG Wirtschaftsreform. Sein akademischer Mentor und Förderer war Wolfgang Heinrichs (1929–1994). Heinrichs trat im Herbst 1989 in einem Zeitungsartikel im „Neuen Deutschland“ gemeinsam mit Wolfram Krause die Debatte um die Wirtschaftsreform los.<sup>63</sup> Cramer verfügte daneben über fachliche Kontakte zu Hans Luft (1936–2006), Wirtschaftsprofessor und Ehemann von Christa Luft. Er habe ihr versichert, dass Cramer kein „Betonkopf“,<sup>64</sup> sondern gegenüber ihrer Politik aufgeschlossen war, so Luft rückblickend. Auf diesen Wegen sei er in die Arbeitsgruppe gekommen.

Die institutionelle Herkunft spielte für die Auswahl der AG Mitglieder ebenfalls eine Rolle. Vom Apparat des Ministerrates erhielt Christa Luft Informationen über die Forschung der Babelsberger Akademie.<sup>65</sup> Dort hatte der Jurist Ludwig Penig (geb. 1930) gemeinsam mit seinen Fachkollegen 1989 einen offenen Brief an die Volkskammer verfasst, in dem die Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftsrecht eine radikale Wirtschaftsreform forderten: „In diesen für unsere Heimat schweren Stunden“ bot die Gruppe den „gewählten Parlamentarier[n]“ ihre Unterstützung an, „die Verkürzung der bisherigen Vorstellungen auf rechtliche Gestaltung des Verhältnisses von Bürger und Verwaltung ... zu überwinden“.<sup>66</sup> Denn, so ihr Appell, es dürfe „keinen halben Rechtsstaat geben“.

Das Beispiel Penigs zeigt zudem auf, dass der Umbau der Wirtschaft eng mit der rechtlichen Umgestaltung des Staates verknüpft war. So half Penig dabei, die doppelte Unterstellung kommunaler Wirtschaftsunternehmen unter örtliche und zentrale Leitungsstrukturen aufzuheben.<sup>67</sup> In den 80er Jahren war er bereits an der Neufassung des „Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen“ beteiligt gewesen. Doch dessen Anspruch, die örtlichen Volksvertretungen in ihrer wirtschaftlichen und politischen Gestaltungsmacht zu stärken, war am starren „Demokratischen Zentralismus“ gescheitert. Zur Jahreswende 1989/90 war Penigs Expertise nunmehr gefragt. Er wurde zusätzlich zur AG Wirtschaftsreform auch

---

<sup>63</sup> Vgl. Marcus Böick: Das letzte Gefecht? Die ökonomischen Debatten über eine „Wirtschaftsreform“ innerhalb der DDR um die Jahreswende 1989/90, in: Markus Gloe u.a. (Hg.): Standortbestimmung Deutschlandforschung, Berlin 2016, S. 113–132, hier S. 115ff.

<sup>64</sup> Privatarchiv Kahl, E-Mailschriftwechsel mit Prof. Dr. Christa Luft, 16.6.2022.

<sup>65</sup> BArch, Vorlass Christa Luft, N 2591/31, Information zur weiteren Tätigkeit der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, 22.11.1989.

<sup>66</sup> BArch, DC 20/9842, Schreiben an die Volkskammerabgeordneten, 8.11.1989, Bl. 5–9.

<sup>67</sup> Vgl. Ludwig Penig: Zur Entwicklung von Kommunaleigentum in der DDR (Thesen), in: Staat und Recht, Jg. 39 (1990) H. 3, S. 199–204.

Mitglied in einer Unterarbeitsgruppe der Regierungskommission Verwaltungsreform.<sup>68</sup>

Eine wesentliche Bedingung für die Mitwirkung in der AG war eine erfolgreiche Wissenschaftskarriere. In der akademischen Wirtschaftswissenschaft war dafür eine enge Zusammenarbeit auch mit der Staats- und Parteiführung notwendig.<sup>69</sup> Die Lehrstuhlinhaber Cramer, Hoß und Penig waren Mitglieder der SED, zeitweise auch der Hochschulparteileitungen.<sup>70</sup> Im Zeitraum vor 1989 nahmen sie darüber hinaus an der jeweiligen Hochschule zusätzliche Führungsaufgaben wahr: Penig war Direktor für Forschung seiner Sektion, Cramer übernahm 1969 unter Heinrichs als Rektor das Amt des Prorektors. Nach Heinrichs Abgang an die Akademie der Wissenschaften der DDR war Cramer von 1973 bis 1982 Rektor. Für die Regierung waren sie ferner in Gesetzgebungskommissionen und Beiräten tätig.

Cramer galt als ein besonders mustergültiger Kader, der „die Einheit von politisch-ideologisch und fachwissenschaftlicher Arbeit“, wie Heinrichs in einem Gutachten schrieb, „sinnvoll mit den Leitungsaufgaben“ verband.<sup>71</sup> Er durfte in jungen Jahren in Moskau Ökonomie studieren, begründete mit seiner Forschung die Teildisziplin „Ökonomie des Gaststättenwesens“ und prägte die ostdeutsche Wirtschaftswissenschaft als Herausgeber des Lehrbuchs „Handelsökonomie“<sup>72</sup> wesentlich mit. Fachlich und politisch war er in den 1980er Jahren schließlich bestens vernetzt und anerkannt: Als Berater stand er bei der Formulierung der Binnenhandelsstrategie sowohl im Austausch mit dem Ministerium für Handel und Versorgung als auch mit der entsprechenden ZK-Abteilung.<sup>73</sup>

Typologisch entsprechen alle drei Personen einem Karrieristen.<sup>74</sup> Hierdurch konnten sie letztlich im Umbruch auf Ressourcen zurückgreifen, um Ideen und Konzepte an verschiedenen Stellen zu platzieren.

---

<sup>68</sup> BArch, DC20/18866, Vorschlag für die konstituierende Sitzung der Regierungskommission Verwaltungsreform am 18.12.1989, Bl. 223.

<sup>69</sup> Vgl. hierzu grundlegend: Ralph Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999.

<sup>70</sup> Angaben entnommen aus den Berufungsunterlagen: BArch, DR3-B/9971, DR3-B/5089 und DR3-B/10013.

<sup>71</sup> BArch, DR3-B/5089, Beurteilung des Prof. Dr. rer. oec. habil. Werner Cramer, 1. Stellvertreter des Rektors der Handelshochschule Leipzig, 4.1.1973.

<sup>72</sup> Werner Cramer: Handelsökonomie, Berlin (Ost) 1987.

<sup>73</sup> BArch, DL1/26473, Entwicklung des „Handelsbeschlusses“ – Entwurfsfolge, o.D.

<sup>74</sup> Zur typologischen Einordnung vgl. Peer Pasternack: Kopfarbeiter im Umbruch und Wissenschaft im Umbau. Drei Typologisierungen, in: hochschule ost, Jg. 5 (1995) H. 3, S. 29–43, hier S. 31.

Exemplarisch zeigt sich das neben dem bereits genannten Buch an einem Aufsatz von 1989/90, den Cramer innerhalb eines kurzen Zeitraums (fast deckungsgleich) in drei Zeitschriften publizierte: der Hochschulzeit-schrift, der Fachzeitschrift „Der Handel“, und „Die Einheit“ – dem theo-retischen Sprachrohr des ZK der SED.<sup>75</sup> Dagegen konnten andere Mit-glieder der Handelshochschule Leipzig erst mit Unterstützung durch bun-desdeutsche Verlage eigene Reformvorstellungen auch auf einen breite-ren Markt präsentieren.<sup>76</sup>

Die Staatsnähe der Forschungen zeigt sich auch an den Forschungs-projekten. Cramer, Hoß und Penig waren im Zentralen Forschungsplan der Marxistisch-Leninistischen Gesellschaftswissenschaften mit politisch bedeutsamen Themen aufgeführt. Die Ergebnisse dieser Projekte dienten offiziell dazu, die Politik für die kommenden Jahre vorzubereiten. Damit war eine engere Anleitung, aber auch eine prestigeträchtiger Karriere verbunden.<sup>77</sup> Die Staats- und Parteiführung setzte aber entgegen dem Ex-pertenrat die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ auf ökonomi-schem Gebiet in den 1980er Jahren ungemindert fort.<sup>78</sup> Nur marginale Kurskorrekturen wurden umgesetzt. Diese starre Fixierung auf den Pla-nungs- und Steuerungsmechanismen kritisierte Hoß rückblickend. Zur ökonomischen Umgestaltung 1989/90 griff er auf Lösungsansätze zu-rück, die in den 1960er Jahren in der kurzen Reformperiode des „Neuen Ökonomischen Systems“ vorgeschlagen worden waren.<sup>79</sup> Die Politik der SED wurde in Forschungsberichten, die vor 1989 erschienen, jedoch nur verhalten kritisiert. So hieß es etwa, bei der Bilanzierung und Plandurch-führung gebe es „Probleme“, die nicht allein durch die „örtlichen Staats-

---

<sup>75</sup> Werner Cramer: Gedanken zur Erneuerung des Wirtschaftsmechanismus, in: Die Einheit: Zeitschrift für Theorie und Praxis des Wissenschaftlichen Sozialismus, Jg. 44 (1989), H. 12, S. 1121–1124; in den beiden anderen Zeitschriften mit leicht abweichenden Titeln: „Überlegungen zur Erneuerung des Wirtschaftsmechanismus in der DDR“, in: Wissen-schaftliche Zeitschrift der Handelshochschule, Jg. 26 (1990) H. 2, S. 89–91; „Vorschläge zur Erneuerung des Wirtschaftsmechanismus“, in: der Handel. Zeitschrift für Theorie u und Praxis des Binnenhandels in der Deutschen Demokratischen Republik, Jg. 49 (1989) H. 6, S. 21–23.

<sup>76</sup> Siehe beispielhaft Peter Hofmann/ Kurt Stingl (Hg.): Marktwirtschaft in der DDR. Chan-cen und Herausforderungen, Berlin (West) 1990.

<sup>77</sup> Vgl. Krause, SED-Parteihegemonie, S. 34–38.

<sup>78</sup> Vgl. hierzu: André Steiner: Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 153–194.

<sup>79</sup> Vgl. Peter Hoß: Staatliche Pläne und Planung, in: Klaus König (Hg.): Verwaltungsstruk-turen der DDR, Baden-Baden 1991, S. 175–198, hier S. 176.

organe“ gelöst werden könnten.<sup>80</sup> Ehemalige Parteifunktionäre bemängelten daher nach 1989/90, dass die „wahre Lage“<sup>81</sup> in Berichten nur gefiltert wiedergegeben worden sei. Die eingeübte Zurückhaltung und Disziplinierung in den Gesellschaftswissenschaften erwiesen sich so als teilweise falsch verstandene Akzeptanz der Parteipolitik.<sup>82</sup>

Obschon die akademischen Eliten den Umbruch nicht vorausgesehen hatten, konnten sie in Teilen auf Forschungen als Anknüpfungs- und Orientierungspunkte für den Wirtschaftsumbau zurückgreifen. Cramers oben genannter Aufsatz basierte auf einer Studie aus den 1980er Jahren.<sup>83</sup> Er hatte eine Forschungsgruppe zur Konsumgüterindustrie geleitet, einer Industrie, die besonders von den allgegenwärtigen Versorgungsengpässen betroffen war. So verzeichnete die Gruppe ein rückläufiges Angebot an Grundnahrungsmitteln und benannte als Ursache die staatliche Subventionspolitik. Eine ihrer Empfehlungen lautete daher, „unnötige Zentralisierungen von Entscheidungen“ zu beseitigen sowie Handelsbetrieben und Verkaufseinrichtungen mehr Eigenverantwortung zu ermöglichen. Die staatliche Ausblendung von „ökonomischen Gesetzmäßigkeiten“ war auch in Berichten aus der Handelshochschule vor 1989 ein wiederkehrendes Thema.<sup>84</sup> Schon in den 1980er Jahren wandte sich Cramer der „Marktforschung im Sozialismus“<sup>85</sup> verstärkt zu – ein Thema, das er im geplanten Marketing-Institut nach 1990 inhaltlich weiter auszubauen gedachte.

Für die ostdeutschen Konzepte und Maßnahmen zur Umstellung der Plan- auf eine Marktwirtschaft stellte die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik nur begrenzt eine Orientierung dar. Aufschlussreich ist die Ablehnung der Lehren des ehemaligen Bundeskanzlers Ludwig Erhard (1897–1977), dessen Schriften in der Bundesrepublik geradezu als Musterweg einer ökonomischen Transformation angepriesen wurden. Zugleich stellten die bundesdeutsche Öffentlichkeit und deren hochschulpolitische Akteure ihrerseits in Frage, ob „Ludwig Erhards Einzug in die

---

<sup>80</sup> Siehe beispielhaft: SAPMO-BArch, DY30/24994, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR: Forschungsbericht für das Jahr 1987, Potsdam 1988.

<sup>81</sup> Schirmer, *Leitung und Planung*, S. 169.

<sup>82</sup> Vgl. Krause, *SED-Parteihegemonie*, S. 38.

<sup>83</sup> BArch, DL1/26473, Studie: „Hauptlinien der langfristigen Leistungs- und Effektivitätssteigerung des Binnenhandels in Verwirklichung der Gesellschafts- und Wirtschaftsstrategie der SED“, Juni 1988.

<sup>84</sup> Beispielhaft etwa: BArch, DR3/20305, Informationsbericht über aktuell-politische Diskussionen (P 30), 21.12.1987

<sup>85</sup> UAL, HHL 010329, Begründung zum Antrag der Gewährung eines Sondergehaltes für Prof. Dr. habil. Werner Cramer, 10.8.1988, Bl. 62.

DDR-Universitäten<sup>86</sup> gelingen könnte, sah die ostdeutsche ökonomische Zunft das „geistige Rüstzeug“ dagegen dezidiert in den „konkreten Gegebenheiten und Bedingungen sowie ihre subjektive Reflexion in der DDR“.<sup>87</sup> Die akademischen Eliten suchten analytische, prognostische und visionäre Aspekte gleichermaßen zu behandeln.<sup>88</sup> Die Aufsätze und Schriften zeugen von einer immensen Detailtiefe und konkreten Problemlösungen anstelle von teils eher theoriegeleiteten Modellen einer Transformation, die im Westen kursierten.

Der Bruch mit der „administrativ-zentralistischen Planwirtschaft“<sup>89</sup> bildete für die DDR-Eliten die Richtschnur. Dabei fanden sie in der Auseinandersetzung mit dem vormaligen System durch den Wegfall der politisch-ideologischen Deutungsmacht zu einer klareren Sprache.<sup>90</sup> Cramer etwa buchstabiert in seinem 1990 publizierten Buch seine Positionen aus dem Jahr 1989 deutlicher aus. Hatte er im Winter 1989 noch von der „Schaffung eines voll funktionierenden sozialistischen Marktes“<sup>91</sup> gesprochen, wählte er im Angesicht der Krise Anfang 1990 drastischere Formulierungen: „Es klingt schockierend, aber es ist wahr: Wer für die schnellstmögliche Höherentwicklung der menschlichen Zivilisation mit ihren rasch anwachsenden globalen Problemen eintritt, der muß dies *mit* dem Markt und nicht gegen ihn tun.“<sup>92</sup>

Für Cramer war die Umstellung ein „dialektischer“<sup>93</sup> Prozess. Die Bereitschaft zum Umdenken wurde ihm in einer Zwischenevaluation 1991 auch positiv angerechnet.<sup>94</sup> Überwiegend lautete die dominante Lesart auf bundesdeutscher Seite jedoch, die älteren Kohorten der ostdeutschen Eliten seien nicht mehr lern- und wandlungsfähig.<sup>95</sup> Dies zeigt sich beispielhaft im Gutachten über Penig von 1991: Es sei aufgrund seines „fortgeschrittenen Alters ... nicht zu erwarten“, dass ihm die „Um-

---

<sup>86</sup> Ludwig Erhards Einzug in die DDR-Universitäten, in: Saarbrücker Zeitung, Ausgabe vom 3.5.1990, zitiert nach: Böick, Treuhand, S. 128.

<sup>87</sup> Vgl. Hofmann/Stingl, Vorwort, in: Dies. (Hg.): Marktwirtschaft, S. 7.

<sup>88</sup> Vgl. ebd., S. 7–9.

<sup>89</sup> Cramer, Marktwirtschaft, S. 12.

<sup>90</sup> Vgl. hierzu auch: Martin Sabrow: Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive, in: Ders./Jarausch, Untergang, S. 83–118, hier S. 105–106.

<sup>91</sup> Siehe bspw., Cramer, Vorschläge, S. 21.

<sup>92</sup> Cramer, Marktwirtschaft, S. 11.

<sup>93</sup> Ebd., S. 5.

<sup>94</sup> UAL, HHL 240001, handschriftliche Notizen zu Cramer, Bl. 158.

<sup>95</sup> So etwa bei Gutmann/Hamacher, Humanvermögenswertung, S. 234.

stellung“ auf das geltende Recht der Bundesrepublik gelinge.<sup>96</sup> Er sollte stattdessen dem wissenschaftlichen Nachwuchs Platz machen. Wie viele seiner Altersgenossen schied Penig so frühzeitig aus dem Erwerbsleben aus.

Penigs Tätigkeiten als Politikberater wurden in der Evaluierung weitgehend ausgeblendet. Dabei hatte seine Karriere in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 erst richtig an Fahrt aufgenommen. Unter Lothar de Maiziere (geb. 1940) wurde Penig zum juristischen Berater im Amt des Ministerpräsidenten berufen.<sup>97</sup> Er unterstützte die Regierung bei Verhandlungen zu den beiden Staatsverträgen und leitete zudem eine Arbeitsgruppe für Vermögensrestititionen, wodurch er am Treuhandgesetz vom Sommer 1990 beteiligt war. De Maiziere kannte Penig noch von der Humboldt-Universität zu Berlin, wo Penig Gastvorlesungen gehalten hatte, und schätzte ihn als Fachmann.<sup>98</sup> So wurde Penig gegen Ende der DDR mit der Vermögensauflösung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes betraut – eine Aufgabe, die zeitintensiv sei und von der Hochschullehre ablenken würde, so eine weitere Begründung für seine Abberufung.<sup>99</sup>

Hoß fand als Fachmann 1990 ebenfalls den Weg aus der Wissenschaft in die operative Politik. Von April bis Oktober 1990 war er Abteilungsleiter im Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit,<sup>100</sup> wo er an berufliche Kontakte anknüpfte. Nach 1990 arbeitete er dann als Geschäftsführer der Deutschen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit, 2001 folgte der Ruhestand. In Fachkreisen aus dem ostmitteleuropäischen Raum fand sein Werdegang nach seinem Ableben eine gewisse Würdigung.<sup>101</sup> In der Selbstdarstellung der späteren Universität Potsdam heißt es dagegen, vor 1989 habe es in Potsdam gar keine Wirtschaftswissenschaften gegeben.<sup>102</sup> Dabei hatte Hoß Anteil an der Umbildung eines entsprechenden Fachbereiches an der Babelsberger Hochschule. Doch

---

<sup>96</sup> UAP, UP 8657, Empfehlung Unabhängige Gutachterkommission zu Herrn o. Prof. Dr. jur. habil Ludwig Penig, 2. Mai 1991.

<sup>97</sup> BArch, DC 20/6099, de Maizière-Steding, 17.5.1990, Bl. 6.

<sup>98</sup> Privatarchiv Kahl, Brief von de Maizière an den Autor, 23.2.2022.

<sup>99</sup> UAP, UP 8657, Empfehlung Unabhängige Gutachterkommission zu Herrn o. Prof. Dr. jur. habil Ludwig Penig, 2. Mai 1991.

<sup>100</sup> BArch, DL3/111, MWZ Organigramm, o.D.

<sup>101</sup> Vgl. Matti Raudjärv: Prof. Dr Peter Karl-Friedrich Hoss (25.4.1937–21.12.2018) in memoriam, in: Estonian Discussions on Economic Policy, 5.9.2019, URL <https://ojs.utlib.ee/index.php/TPEP/article/view/15466> (10.2.2022).

<sup>102</sup> Vgl. Rolf Mitzner: Denkschrift der Universität Potsdam, Potsdam 1993, S. 61.

diese Aufgabe scheiterte nicht zuletzt Ende 1990 daran, dass jene Sektion von der Landesregierung ersatzlos abgewickelt wurde.

Während das (hochschul-)politische Engagement der akademischen Eliten Ostdeutschlands von bundesdeutscher Seite vielfach aus- und überblendet wurde, riefen im Osten die Positionen und Stellungen der Hochschullehrerschaft nach 1989/90 Kontroversen hervor. Schon vor 1989 war Cramer in ministeriellen Arbeitsgruppen an der Reform der Ökonomieausbildung beteiligt.<sup>103</sup> Mit dem Umbruch knüpfte er dort an und entwarf für die Handelshochschule überarbeitete Studiengänge. Doch stieß die Initiative auf Kritik: Er würde die neuen demokratischen Strukturen missachten und stattdessen Positionspapiere weiterhin im Namen der gesamten Hochschule veröffentlichen.<sup>104</sup> Als Cramers Fachbereich abgewickelt und Zeitverträge ausgestellt wurden, äußerte der Personalrat Bedenken gegen seine Weiterbeschäftigung. Verfehlungen wurden aber nicht nachgewiesen. Erst mit der absehbaren Integration der Handelshochschule in die Universität Leipzig im Herbst 1992 schied Cramer im August 1992 vorzeitig aus dem Hochschulbetrieb aus; zuvor hatte er sich einer abschließenden Evaluierung entzogen. Fortan half er als freier Unternehmensberater bei der Privatisierung der russischen Wirtschaft und arbeitete als Autor ökonomischer Lehrbücher.<sup>105</sup>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ostdeutsche Wissensbestände im Systemwechsel keinesfalls obsolet wurden, sondern die Grundlage für Lösungsansätze bildeten. Die drei vorgestellten Mitglieder der AG Wirtschaftsreform konnten auf Netzwerke, Forschungen und bestehende Formen der Politikberatung zurückgreifen, die dann 1989/90 zum Tragen kamen. Mit ihrer Expertise blieben die akademischen Eliten auch nach dem Ende der Arbeitsgruppe für die Bewältigung der Transformation gefragt. So fanden sie sich vielfach als politische Akteure in verantwortlichen Positionen innerhalb von Ministerien wieder. Gleichzeitig schürten die Privilegien und Stellungen Ressentiments, die schon vor 1989 bestanden und die sich ab 1989/90 in Widerständen niederschlugen und zu Karriere(ab)brüchen an den Hochschulen und Universitäten führten.

---

<sup>103</sup> BArch, DR3/ 20299, Langfristiges Lehrbuchprogramm 1986 – 1990, o.D.

<sup>104</sup> UAL, HHL 010151, Leder-Goldammer, 16.11.1990, B. 140.

<sup>105</sup> Werner Cramer: Die Gesetze der Ökonomie des 21. Jahrhunderts. Wissenschaft contra Ideologie – Ein Lehrbuch, Berlin 2012.



## Inventur

### Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften nach 1989

*Franziska Bomski:*

Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften und seine Folgen. Plädoyer für eine Versachlichung der Debatte .....7

*Mitchell G. Ash:*

Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung. Eine „Übernahme“ mit unerwarteten Folgen.....19

*Peer Pasternack:*

Der Personalumbau der 90er Jahre in der ostdeutschen Wissenschaft. Differenzierungen und ihr Erklärungspotenzial .....37

*Axel-Wolfgang Kahl:*

Planvoll zur Marktordnung. Ostdeutsches Expertenwissen und akademische Eliten in der ökonomischen Transformation der DDR .....54

*Bernd Florath:*

Der Unabhängige Historikerverband und die demokratische Revolution 1989/90 in der Geschichtswissenschaft. Eine erfahrungsgesättigte Analyse .....70

*Krijn Thijs:*

Die „Ritter-Kommission“ und ihre Mitglieder. Asymmetrische Erneuerungspraktiken am Geschichtsinstitut der Humboldt-Universität (1991–1993) .....84

*Carsten Gansel:*

Literaturwissenschaft in und aus der DDR zwischen Vorwende, Wende und Nachwende. Reflexionen und Erfahrungen.....99

*Sandra Schell:*

Aufbrüche und Enttäuschungen im Zeichen der ‚Wende‘. Am Beispiel des Leipziger Literaturwissenschaftlers Günter Mieth .....112

*Dorothea Horas:*  
 „Systemneutrale“ Naturwissenschaftler:innen als Stützen des Systems?  
 Der Personalumbau an den Pädagogischen Hochschulen in  
 Halle und Potsdam .....125

*Monika Juliane Gibas, Astrid Lorenz, Dieter Segert*  
*im Gespräch mit Franziska Bomski:*  
 Wie weiter nach 1989? Wissenschaftliche Werdegänge  
 ostdeutscher Wissenschaftler:innen.....139

*Wolfgang Schieder, Jörg Schönert*  
*im Gespräch mit Andrea Albrecht:*  
 Perspektive West: Strukturanpassungen und ihre  
 personellen Auswirkungen .....152

**PUBLIKATIONEN**

*Peer Pasternack:*  
 Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945.....167  
 Allgemeines und thematisch Übergreifendes (167) • Gesellschafts-/Sozial- und Geisteswissenschaften (169) • Künstlerische Hochschulen, Gestaltung und Architektur (175) • Naturwissenschaften (177) • Medizin und affine Fächer (181) • Ingenieurwissenschaften (182) • Regionales und Lokales (184)

**Autorinnen & Autoren**.....187

## Autorinnen & Autoren

**Andrea Albrecht**, Prof. Dr., Professorin für Neuere Deutsche Literatur an der Universität Heidelberg. eMail: [andrea.albrecht@gs.uni-heidelberg.de](mailto:andrea.albrecht@gs.uni-heidelberg.de)

**Mitchell G. Ash**, Prof. em. Dr., Historiker, zuletzt Ordentlicher Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien. eMail: [mitchell.ash@univie.ac.at](mailto:mitchell.ash@univie.ac.at)

**Franziska Bomski**, Dr. phil., Literaturwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Einstein Forum, Potsdam. eMail: [franziska.bomski@einsteinforum.de](mailto:franziska.bomski@einsteinforum.de)

**Bernd Florath**, Dr. phil., Historiker, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Robert Havemann-Gesellschaft/Archiv der DDR-Opposition, Berlin. email: [bflorath@web.de](mailto:bflorath@web.de)

**Carsten Gansel**, Prof. Dr., Professor für Neuere deutsche Literatur und Germanistische Literatur- und Mediendidaktik an der Justus-Liebig-Universität Gießen. eMail: [carsten.gansel@germanistik.uni-giessen.de](mailto:carsten.gansel@germanistik.uni-giessen.de)

**Monika Juliane Gibas**, Dr. phil. habil., arbeitete als Historikerin an den Universitäten in Leipzig, Jena und Magdeburg, zuletzt 2017–2023 Leiterin des Projekts „Provenienzforschung in öffentlichen Bibliotheken Sachsen-Anhalts“ beim Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband.

**Uwe Grellak** M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: [uwe.grellak@hof.uni-halle.de](mailto:uwe.grellak@hof.uni-halle.de)

**Dorothea Horas** M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Potsdam. eMail: [horas@uni-potsdam.de](mailto:horas@uni-potsdam.de)

**Axel-Wolfgang Kahl** M.A., Historiker, Doktorand an der Universität Potsdam und Referent beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg. eMail: [axelkahl@uni-potsdam.de](mailto:axelkahl@uni-potsdam.de)

**Astrid Lorenz**, Prof. Dr., seit 2011 Professorin für das Politische System Deutschlands und Politik in Europa an der Universität Leipzig. eMail: [astrid.lorenz@uni-leipzig.de](mailto:astrid.lorenz@uni-leipzig.de)

**Peer Pasternack**, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: [peer.pasternack@hof.uni-halle.de](mailto:peer.pasternack@hof.uni-halle.de); [www.peer-pasternack.de](http://www.peer-pasternack.de)

**Sandra Schell**, Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg. eMail: [sandra.schell@gs.uni-heidelberg.de](mailto:sandra.schell@gs.uni-heidelberg.de)

**Wolfgang Schieder**, Prof. Dr., lehrte von 1970 bis 1991 Neuere Geschichte an die Universität Trier und 1991 bis 2000 Neuere und Neueste Geschichte an der Universität zu Köln.

**Jörg Schönert**, Prof. Dr., von 1980 bis 1983 Professor für Neuere Deutsche Literatur an der RWTH Aachen und von 1983 bis 2007 an der Universität Hamburg.

**Dieter Segert**, Prof. Dr., von 1989 bis 1998 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und von 2005 bis 2017 Professor für politikwissenschaftliche Osteuropastudien an der Universität Wien.

**Krijn Thijs**, Dr., Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duitsland Instituut der Universiteit van Amsterdam. eMail: k.thijs@uva.nl